



## Niederschrift

### 41. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 14.08.2012
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:10 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder	CDU/ANW	Leitung der Sitzung
-----------------------	---------	---------------------

##### Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	Teilnahme bis 20.00 Uhr
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Herr Volker Klamke	SPD	Teilnahme bis 19.40 Uhr
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	Teilnahme ab 18.00 Uhr
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	Teilnahme ab 17:40 Uhr

##### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	Teilnahme für Frau Schummel
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen	Teilnahme für Herrn Menzel

##### sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	
Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	
Herr Florian Engels	SPD	
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten	
Frau Kathleen Krause	SPD	
Frau Beate Kruczek	FDP	
Frau Sabine Speck	BürgerBündnis	Teilnahme ab 17.45 Uhr
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	
Herr Daniel Zeller	Bündnis90/Die Grünen	

##### Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

## **Gast**

Frau Petra Rademacher	FB Bildung und Sport
Herr Dietmar Weiberlenn	BL Bildung
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Frau Dr. Roswitha Voigtländer	Volkshochschule
Herr Andreas Klemund	LSH Potsdam GmbH
Frau Miriam Levy	Wohnheim LSH
Frau Dr. Wartenberg Zschuppe	Potsdamer Rudergesellschaft e. V. (PRG)
Herr Uwe Müller	PRG
Herr Harald Wigunz	PRG
Herr Klaus Bartels	PRG
Herr Joachim Reibold	PRG
Frau Anne Pichler	Stadtsporbund
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Frau Caroline Evler	Piratenpartei
Frau Steffi Pyanoe	PNN

## **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Frau Olga Schummel	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Hannelore Knoblich	SPD	entschuldigt
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	entschuldigt
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Arndt Sändig	Die Andere	entschuldigt

### **stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Claus Wartenberg	SPD	entschuldigt
Frau Christina Wolf	SPD	entschuldigt

### **sachkundige Einwohner**

Frau Dr. Manja Orlowski	SPD	entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	entschuldigt

**Schriftführer/in:** Frau Gudrun Wildgrube

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des

öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.05.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Konzept der Potsdamer Rudergesellschaft e. V
- 4 Sachstand Vermietungssituation im Wohnheim Luftschiffhafen
- 5 Errichtung einer Gesamtschule am Standort "Rote Kaserne West" - Benennung von zwei Vertretern des Bildungsausschusses als Jurymitglieder
- 6 Vorstellung des neuen Jahresprogramms der Volkshochschule "Albert Einstein"
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Breitensportförderung in Potsdam  
Vorlage: 12/SVV/0301  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013  
Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE  
Änderungsantrag Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP  
Änderungsantrag der Fraktion Potsdamer Demokraten  
Vorlage: 11/SVV/0907  
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen  
neue Fassung vom 23.04.2012;
- 7.3 Sportförderbericht des Jahres 2011  
Vorlage: 12/SVV/0383  
FB Bildung und Sport
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Hauptstadtmittel - Sportstadtförderung  
Vorstellung der Vergabekriterien, Verfahren und Stand der Vergabe 2012
- 9 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des**

## **öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.05.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

**Herr Schröder** stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er erklärt, dass Herr Wollenberg um Ergänzung der Tagesordnung gebeten hat. Er bittet um einen Sachstand zur Vermietungssituation im Wohnheim Luftschiffhafen. Dazu wurde Herr Klemund eingeladen. Es wird vorgeschlagen den Punkt als TOP 4 zu behandeln. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich dadurch in der Reihenfolge. Er fragt, ob es weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

**Herr Wollenberg** bittet unter Sonstiges um Informationen zu den Außenanlagen der Grundschule am Griebnitzsee.

**Herr Engels** möchte unter Sonstiges einen Sachstand zum Fußballplatz Park Babelsberg/ Concordia Babelsberg.

**Herr Szilleweit** bittet um einen Sachstand zur Skaterhalle.

**Herr Ziebarth** möchte unter Sonstiges zum 2. Weiterbildungstag informieren.

**Herr Schröder** bittet darum, Anträge zur Tagesordnung zukünftig mindestens einen Tag vor der Sitzung einzureichen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der geänderten Tagesordnung mehrheitlich zu.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 15.05.2012 werden keine Einwände vorgebracht. Sie wird einstimmig bestätigt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 15.05.2012 in der vorliegenden Fassung zu.

**Abstimmungsergebnis:** keine Gegenstimmen

### **zu 3 Konzept der Potsdamer Rudergesellschaft e. V**

**Herr Müller** erläutert anhand einer Präsentation die Planungsstudie der PRG für einen Ergänzungsbau auf dem Vereinsgelände der PRG am Seekrug. Die Kosten werden mit ca. 2,67 Mio. € veranschlagt.

**Frau Dr. Magdowski** ergänzt, dass für einen Neubau im Rahmen der Planungen der Pro Potsdam ca. 5 Mio. € veranschlagt werden.

**Frau Dr. Wartenberg Zschuppe** erklärt, dass das Konzept der PRG Angebote für alle willigen Kinder und Sportinteressierte vorhalte. Man wolle das Vereinsgelände am Seekrug weiterentwickeln und die vorhandene Infrastruktur ergänzen. Die Ausschussmitglieder erhalten einen Flyer mit den entsprechenden Informationen.

**Herr Schröder** fragt, ob die unterschiedlichen Interessen zwischen der Luftschiffhafen GmbH und der Potsdamer Rudergesellschaft inzwischen gelöst seien.

**Frau Dr. Wartenberg-Zschuppe** erwidert, dass das vorgeschlagene Projekt der

Integration aller Interessen entspreche. Man wolle Gespräche suchen. Sie hoffe, dass man wieder zu einer vernünftigen Zusammenarbeit komme.

Es schließt sich die Diskussion an, in der es u.a. um die Zugänglichkeit von Umkleidekabinen geht.

**Herr Klemund** erklärt, es sei generell bekannt, dass Zustand und Kapazität von Sanitäranlagen und Umkleiden im Seekrug nicht ausreichend seien. Trainer und Ruderer ermitteln derzeit den aktuellen Platzbedarf.

**Frau Dr. Lotz** entnimmt der Diskussion, dass es um die gleichen Probleme wie im Vorjahr gehe. Sie meint, die Beteiligten sollten sich endlich zu einer Lösung verständigen.

**Herr Wollenberg** schließt sich der Meinung an.

**Herr Schröder** stellt fest, dass die Probleme zwischen der PRG und der Luftschiffhafen GmbH zu klären sind. Man solle ernsthaft prüfen, welche Kapazitäten vorhanden seien.

**Frau Dr. Schröter** erklärt, die Präsentation hinterlasse den Eindruck, dass der Ergänzungsbau architektonisch gut passe. Sie fragt nach den Finanzströmen und ob Denkmalschutz eine Rolle spiele.

**Herr Klemund** informiert, dass der Wirtschaftsplan KIS für den Seekrug keine finanziellen Mittel vorsehe.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass im Plan des Kämmers ab 2016 ein Neubau mit ca. 5 Mio. € beziffert sei. Schwierig sei es, Zuschüsse von Bund und Land zu bekommen. Es werde gemeinsame Aufgabe von Stadt, Luftschiffhafen GmbH und Vereinen sein, sich zu verständigen. Man sei in Gesprächen.

**Herr Müller** bittet zu beachten, dass man über zwei Projekte an verschiedenen Standorten rede.

**Herr Schröder** erklärt, dass der Kernkonflikt bisher nicht gelöst sei. Ziel der heutigen Sitzung war, das Projekt der PRG vorzustellen. Die übrigen Probleme mit der Luftschiffhafen GmbH sollten kritisch im Aufsichtsrat besprochen werden.

#### **zu 4 Sachstand Vermietungssituation im Wohnheim Luftschiffhafen**

**Herr Klemund** erläutert, dass die Luftschiffhafen GmbH im Juni 2011 mit der Betreuung des Wohnheimes der Sportschule beauftragt wurde. Man habe die Situation vorgefunden, dass die Jugendlichen einen Bescheid der Landeshauptstadt Potsdam hatten. Bis Juni 2012 hatte die Wohnheimsatzung Bestand. Ab Juli 2012 trat die neue Entgeltordnung in Kraft. Demzufolge wurden den Schülern der 7. Klassen neue Mietverträge angeboten. Ein Teil der Eltern hat keinen Mietvertrag unterschrieben, weil sie einen Vertrag mit der Landeshauptstadt Potsdam hatten. Aufgrund der neuen rechtlichen Grundlage habe die Luftschiffhafen GmbH in Zusammenarbeit mit einer Anwaltskanzlei Mietverträge vorbereitet, die mit der Schule, der Schulkonferenz und Elternvertretern abgestimmt wurden. Derzeit liegen von 389 Mietverträgen 360 unterzeichnete Verträge vor.

**Frau Levy** ergänzt, dass die Eltern aufgefordert wurden bis zum 17.08.2012 die unterschriebenen Mietverträge einzureichen. Es gebe Eltern, die die Unterzeichnung ablehnen, weil ihnen der Vertrag nicht weitreichend genug sei. Das Wohnheim versuche mit diesen Eltern in persönlichen Kontakt zu treten.

**Herr Wollenberg** zitiert aus dem Schreiben an die Eltern und vertritt die Meinung, dass den Eltern darin gedroht werde. Der Beschluss der Elternkonferenz und die Regelungen für die Sekundarstufe II sehe er nicht umgesetzt. Die Luftschiffhafen GmbH sollte sich als Dienstleister verstehen und mit ihren Kunden anders umgehen.

**Herr Klemund** bittet solche Unterstellungen zu unterlassen. Die Luftschiffhafen GmbH betreibe ein Wohnheim, in dem sich ca. 400 Kinder und Jugendliche aufhalten. Dafür bedarf es einer gesetzlichen Grundlage. Am 03.06.2012 fand eine Sitzung mit dem Wohnheimausschuss statt, wo alles protokolliert sei. Der Mietvertrag nehme auf den Betreibervertrag mit der Landeshauptstadt Potsdam Bezug.

**Frau Levy** ergänzt, dass es Elternvertreter gebe, die persönliche Interessen vertreten. Man kümmere sich um Härtefälle und Doppelbelastungen, die mit dem Mietvertrag nichts zu tun haben.

**Herr Schröder** möchte wissen, um welche Regelungen es geht.

**Herr Klemund** erklärt, dass es den Eltern darum gehe, ab Klasse 11 bis zum Abschluss des Abiturs einen Mietvertrag abzuschließen. Das sei objektiv nicht möglich. Das Wohnheim habe eine Betriebserlaubnis für 420 Plätze. In der Sekundarstufe I gebe es 320 Kinder mit Wohnheimanspruch. Demzufolge bleiben 68 Plätze für die Sekundarstufe II übrig. Man habe jedoch 220 Schüler in der Sekundarstufe II. In der Vergangenheit wurde Schülern, die keinen sportlichen Leistungsauftrag mehr haben, angeboten, in das Wohnheim des OSZ I, eine Wohngemeinschaft oder eine Wohnung zu gehen. Dies kann die Luftschiffhafen GmbH nicht tun. Für den Bau eines neuen Wohnheimes gibt es keine Finanzierung. Die Baracke, in der sich 60 Wohnheimplätze befinden, hat eine begrenzte Betriebserlaubnis, so dass im nächsten Jahr noch 360 Wohnheimplätze zur Verfügung stehen. Insofern könne man dem Wunsch der Eltern nicht entsprechen.

Es schließen sich Nachfragen von Herrn Wollenberg an.

**Frau Rademacher** ergänzt, dass im Fachbereich Bildung und Sport Nachfragen von Eltern eingegangen seien. Der Fachbereich fühle sich aufgefordert, in Dialog mit der Luftschiffhafen GmbH eine Klärung herbeizuführen. Man werde prüfen, ob die Entgeltregelung gesetzeskonform sei.

#### **zu 5 Errichtung einer Gesamtschule am Standort "Rote Kaserne West" - Benennung von zwei Vertretern des Bildungsausschusses als Jurymitglieder**

**Herr Schröder** bittet um Benennung von Jurymitgliedern.

Der KIS beabsichtigt im Rahmen des VOF-Verfahrens in der 2. Auswahlstufe an Hand eines wettbewerbsähnlichen Verfahrens die Eignung der Bewerber festzustellen. Dazu werden aus den eingereichten Bewerbungen 6-10 Planungsbüros ausgewählt, die eine am konkreten Planungsobjekt orientierte

Planungsaufgabe zu lösen haben. Zur Bewertung der Arbeitsergebnisse wird eine Jury gebildet, die die 3 Bewertungskriterien Städtebau/Architektur, Funktionalität und Wirtschaftlichkeit/energetisches Konzept bewertet.

**Herr Weiberlenn** informiert, dass die Beratung der Jury am 29.08.2012 von 9.00 bis 17.00 Uhr und am 30.08.2012 von 9.00 bis 18.00 Uhr sein wird. Es wurden 2 Jurymitglieder aus dem Fachbereich Bildung und Sport benannt.

**Die Ausschusssmitglieder verständigen sich dazu, Herrn Wollenberg und Herrn Zeller für die Jury zu benennen.**

## **zu 6 Vorstellung des neuen Jahresprogramms der Volkshochschule "Albert Einstein"**

**Frau Dr. Voigtländer** informiert, dass das neue Jahresprogramm der Volkshochschule erschienen sei und in den Buchhandlungen, beim Bürgerservice der Stadtverwaltung und in der Volkshochschule ausliege. Es enthalte Bekanntes und Bewährtes, aber auch viele neue Themen. Zum Themenbereich Grundwissen, Gesellschaft und Umwelt werde ab Januar 2013 zusätzlich ein berufsorientierter Intensivkurs „Lesen-schreiben-miteinander reden“ angeboten. Eine Reihe zu ausgewählten psychologischen Themen, wie zum Zusammenhang von Krankheit und Psyche, zu Selbstakzeptanz, zu Grundformen der Angst und „Management Mama“ sei im Fachteil Psychologie zu empfehlen. Das Thema „Nähe und Distanz in der sozialen Arbeit“ erweitert die zehn Seminarthemen für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger im Fachteil „Forum Ehrenamt“. Der Themenbereich Kultur-Gestalten beginnt im September in Zusammenarbeit mit der Stadt- und Landesbibliothek. Ein umfangreiches Angebot stehe allen zur Verfügung, die etwas für ihre eigene Gesundheit tun wollen. Verschiedene Kurse beschäftigen sich mit Burn-out-Vorbeugung und Möglichkeiten, Entspannung zu finden. Herz-Kreislauf-Training, Kräftigung der Muskeln und Rücken-fit bieten eine gute Möglichkeit für „bewegteres“ Leben. Neu sei u.a. der Kurs Zumba, ein Tanz-Fitness-Training zu lateinamerikanischer Musik. Es werden Sprachkurse in zehn Sprachen auf unterschiedlichen Niveaustufen des Europäischen Referenzrahmens für Sprachen angeboten. Flatrate English ist ein Angebot an alle, die die Fremdsprache intensiv und selbstverständlich nutzen wollen und flexibel sein wollen oder müssen. An der Volkshochschule können Migrantinnen und Migranten, aber auch Au-Pairs, Gast Schüler/innen, bzw. Menschen, die für einen Zeitraum hier arbeiten oder studieren, Deutsch lernen. Es werde Unterricht auf allen Niveaustufen angeboten. So können die B1-Prüfung der telc, die B2- oder C1-prüfung des Goethe-Instituts, der Test DaF sowie der Einbürgerungstest abgelegt werden. Im Themenbereich Beruf-Computer sind auch im neuen Programm Kurse zur Aneignung kaufmännischer Grundkenntnisse geplant. Mit der entgeltfreien Veranstaltung am 31.08.2012, von 16.00 bis 17.30 Uhr, wird das neue EDV-Kursangebot durch den EDV-Programmbereichsleiter vorgestellt. Darüber hinaus gebe es Angebote zur Stimmbildung, Sprache und Körpersprache sowie Kommunikation. Neu sind u.a. „nein! Sagen ohne Skrupel“, das Wochenendangebot „Selbstbehauptung mit Gelassenheit – ein Selbstbehauptungstraining für Frauen“ oder „Kreative Lösungsstrategien für Entscheidungsfreudige“. Im Rahmen der Seniorenvolkshochschule werden die Reihen des „Bildungsclubs am Donnerstag“ sowie der „Literarischen Schatzsuche“ mit neuen Themen fortgeführt. Neu im Programm sei eine Führung durch den Park Sanssouci mit dem ehemaligen stellvertretenden Gartendirektor der Schlösserstiftung sowie ein Vortrag über FriedWald als alternative Bestattungsform. Darüber hinaus werden Englischkurse für Senioren,

Senioren-gymnastik und Seniorentanz angeboten. Fortgesetzt werden die Computer- Internet-Sprechstunden für Senioren. Semestereröffnung ist am 31.08.2012. Die Anmeldung für die Kurse hat bereits begonnen. Für Nachfragen steht das Team der Volkshochschule zur Verfügung.

## zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

### zu 7.1 Breitensportförderung in Potsdam

**Vorlage: 12/SVV/0301**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass die Einberufung einer Breitensportkonferenz analog der 2011 durch den Stadtsportbund mit Unterstützung der Stadt durchgeführten Leistungssportkonferenz im Zuge der Erarbeitung des Integrierten Sportentwicklungsplanes (ISEP) ohnehin geplant sei. Seitens des Fachbereiches Bildung und Sport werde der Antrag grundsätzlich befürwortet.

**Herr Schröder** lässt den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, analog zur Leistungssportkonferenz mit dem Stadtsportbund, im Herbst 2012 eine Breitensportkonferenz einzuberufen. Die Ergebnisse des Sportentwicklungsplanes (DS 09/SVV/1071), den die Uni Potsdam gemeinsam mit dem Stadtsportbund erarbeitet hat, sind dort vorzustellen. Schwerpunkt soll dabei die Förderung des Breitensports in der LH P sein. Dabei sollen Vorschläge entwickelt werden, wie sich der Sport durch angedachte Maßnahmen inhaltlich als auch organisatorisch (Sanierung und ggf. Neubau von Sportanlagen) gemeinsam mit der Stadt, dem Stadtsportbund und den Sportvereinen entwickeln kann.

Die Landesebene (Landessportbund und Ministerium Bildung Jugend und Sport) sind zur Darstellung ihrer Vorstellungen und Konzepte in Auswertung der aktuellen Sportentwicklungskonferenz [http://www.lsb-brandenburg.de/sport/sek2009-lsb-bb/dokumentation/pdfs/4\\_petra\\_tzschoepe\\_p.pdf](http://www.lsb-brandenburg.de/sport/sek2009-lsb-bb/dokumentation/pdfs/4_petra_tzschoepe_p.pdf) einzubeziehen

Das Arbeitsergebnis ist der SVV möglichst im Frühjahr 2013 vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6	
Ablehnung:	0	
Stimmhaltung:	2	Dem Antrag wird zugestimmt.

### zu 7.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

**Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE**

**Änderungsantrag Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP**

**Änderungsantrag der Fraktion Potsdamer Demokraten**

**Vorlage: 11/SVV/0907**

Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

neue Fassung vom 23.04.2012;

**Herr Schröder** erklärt, dass drei Änderungsanträge vorliegen, die abzustimmen seien. Die Anträge der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion Potsdamer Demokraten seien im Antrag der Kooperation enthalten. Insofern schlägt er vor, den Antrag der Kooperation, als weiterführenden Antrag, zuerst abzustimmen.

Dem Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP wird mehrheitlich zugestimmt.

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE:

In Anlage 4, Seite 2 ist der Punkt d) „Abschaffung der Begrüßungsgelder für Studenten“ zu streichen.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE:

Zustimmung:	3	
Ablehnung:	3	
Stimmenthaltung:	2	Der Antrag wird abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion Potsdamer Demokraten:

Die Ziff 1, dritter Aufzählungspunkt, erhält folgende Fassung:

Die beigefügten Budgetvorgaben für den OB und die Geschäftsbereiche (Anlage 2) werden auf dem Stand des Jahres 2012 eingefroren.

Hiervon ausgenommen sind lediglich die auf Grund der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes vorgesehenen Steigerungen.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE:

Zustimmung:	0	
Ablehnung:	3	
Stimmenthaltung:	5	Der Antrag wird abgelehnt.

Die alte Fassung der DS 11/SVV/0907 wird durch den Änderungsantrag der Kooperation ersetzt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt bis zur Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2012 einen Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014 vorzulegen. Dazu sind die die Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung fortzuschreiben.
2. Ziel der Ergebnis- und Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2013 / 2014 ist:
  - die Erreichung des Haushaltsausgleichs in 2015,
  - die Erwirtschaftung eines Überschusses ab 2016.
3. Der in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Haushaltsjahr 2013 ausgewiesene Fehlbedarf soll nicht überschritten werden.
4. Zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2015 sollen die in der Anlage vorgelegten Maßnahmen geprüft und der Stadtverordnetenversammlung in einem Bericht bis Oktober 2013 vorgelegt werden. Werden mit den in der Anlage vorgelegten Maßnahmen der Haushaltsausgleich 2015 nicht erreicht, so wird die Verwaltung beauftragt, weitere Maßnahmen zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung mit dem Bericht zur Entscheidung

vorzulegen.

5. Die Umstellung auf die strategische Haushaltsaufstellung erfolgt mit dem Haushaltsentwurf 2015.
6. Die Erarbeitung von strategischen Zielen für die Stadt erfolgt auf der Grundlage der in den letzten Jahren beschlossenen Konzepte. Diese werden zu einer Gesamtstrategie unter Auflösung von Zielkonflikten und Überprüfbarkeit der finanziellen Realisierungsmöglichkeiten zusammengeführt. Die Ziele werden als Grundlage für die zukünftige strategische Haushaltsführung mit den Bürgerinnen und Bürgern in einem prozessbegleitenden Verfahren entwickelt. Die Ziele werden vor Beginn der Eckwerteberatung für den Haushalt 2015 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.
7. Für die Haushaltsplanung werden folgende Termine festgelegt:

SVV-Termin	Maßnahme
Juni 2012	Grundsatzbeschluss und Vorlage Jahresabschluss 2009
Oktober 2012	Vorlage des Eckwertebeschlusses und des Prüfberichtes über Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2015
Dezember 2012	Vorlage eines Berichtes über den Vorläufigen Ist-Stand für den Jahresabschluss 2010 im Finanzausschuss
Januar 2013	Einbringung des Entwurfes der Satzung für den Doppelhaushalt 2013 /2014
März 2013	Vorlage des geprüften Jahresabschlusses 2010 und Beschluss des Doppelhaushaltes 2013/2014
Juli (HA) 2013	Vorlage der korrigierten Eröffnungsbilanz und der fehlenden Jahresabschlüsse

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 7.3 Sportförderbericht des Jahres 2011**

**Vorlage: 12/SVV/0383**

FB Bildung und Sport

**Frau Dr. Magdowski** führt aus, dass die Sportförderung wesentliches politisches Anliegen der Stadt sei. Dabei verweist sie auf die Erfolge Potsdamer Sportler und Sportlerinnen. Im Berichtszeitraum seien die wesentlichen Ziele der Sportförderung erfüllt worden. Angebote zur sportlichen Betätigung in allen Bereichen, insbesondere im Kinder- und Jugend- und Breitensport konnten entwickelt werden. Die Vereinsarbeit und die ehrenamtliche Arbeit wurden

unterstützt. 2011 wurden insgesamt 242.700 € an die Potsdamer Sportvereine ausgereicht, wobei der Schwerpunkt der Förderung mit 191.845 € dem Kinder- und Jugendsport galt. Potsdam zeichnet aus, dass die Nutzung der Sportstätten durch den Vereinsport unentgeltlich möglich ist. Für die Bereitstellung und Unterhaltung der kommunalen Sportanlagen wurden die städtischen Betriebe mit 5,8 Mio. € bezuschusst.

**Herr Gessner** erklärt sich bereit auf Fragen zu antworten.

**Frau Kruczek** fragt, woran es liege, dass die Anzahl der Schularbeitsgemeinschaften von 191 auf 157 zurückgegangen sei und ob es einen Nachweis gebe, dass in Kitas regelmäßig Sport getrieben werde (S. 15,16).

**Herr Gessner** erklärt, dass es bei den Arbeitsgemeinschaften eine scheinbare Stagnation gebe. Es seien jedoch durchschnittlich mehr Schüler pro Arbeitsgemeinschaften als im Vorjahr. Außerdem gebe es ein Konkurrenzverhalten zwischen AG-Sport und organisiertem Vereinssport. Beim Vereinssport sei ein Zugewinn von über 430 Sportlerinnen und Sportlern zu verzeichnen. Die Aktivenzahl in dem Altersbereich hat sich in Summation leicht erhöht, die Organisationsform hat sich verändert. Zu Kooperationen mit Kitas könne der Bereich Sport eine Abfrage an den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie richten. Es ist bekannt, dass eine Reihe von Kitas sportliche Inhalte anbieten oder Kooperationen mit Sportvereinen unterhalten.

**Dr. Steinicke** möchte wissen, woran es liege, dass der Organisationsgrad in Cottbus höher ist (S. 3).

**Herr Gessner** informiert, dass Cottbus mit der Wende eine andere Ausgangssituation und einen höheren Stand hatte. Die Entwicklungsraten insbesondere im Kinder- und Jugendbereich seien jedoch in Potsdam höher.

**Herr Szilleweit** fragt nach, ob es Planungen gibt, wie sich die Sportarten in den nächsten Jahren entwickeln werden.

**Herr Gessner** erklärt, dass dieser Bericht keinen Ausblick in die Zukunft gebe. Zu Entwicklungen im Leistungs- und Breitensport werde man sich im Sportentwicklungsplan äußern.

**Frau Pichler** sieht es als vermessen an, jeden Trend mitzumachen. Sie bittet den Sportentwicklungsplan abzuwarten, da dieser repräsentative Umfragen enthalte. Aus dem Nichts können keine Sportflächen entstehen. Kooperationen mit Kitas gibt es. Zum einen gebe es sportbetonte Kitas und zum anderen gehen Sportvereine in Kitas und machen dort Angebote. Bezüglich Kooperationsvereinbarungen gebe es Probleme. Zeiten, die Schulen besetzt haben möchten können nur durch Senioren oder Hauptamtliche ausgefüllt werden. Dadurch könne der Bedarf nicht gedeckt werden. Der Landessportbund fördert Kooperationen minimal für eine Gruppenstärke von 15 Kindern. Zum Organisationsgrad in Cottbus bemerkt sie, Potsdam habe das Problem, dass 50 Prozent der Sportvereine keine Mitglieder aufnehmen, weil keine Hallen- oder Sportstättenkapazitäten vorhanden seien. Sie bittet weiterhin um eine weitestgehende kostenfreie Bereitstellung der Sportstätten und darum, dass die Turnhalle Heinrich-Mann-Allee nicht abgerissen wird.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Sportförderbericht des Jahres 2011 zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Sportförderbericht des Jahres 2011 zur Kenntnis.

## zu 8            **Mitteilungen der Verwaltung**

### zu 8.1        **Hauptstadtmittel - Sportstadtförderung** **Vorstellung der Vergabekriterien, Verfahren und Stand der Vergabe 2012**

**Frau Rademacher** informiert, dass gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (DS 11/SVV/0541) die Hauptstadtmittelförderung im Jahr 2012 fortgesetzt werden soll. Gemäß Beschluss der Haushaltssatzung (DS 11/SVV/0906) in Verbindung mit den Änderungsanträgen der Kooperation sind im Jahr 2012 insgesamt 200.000 € vorgesehen. Hinsichtlich der Vergabe dieser „Hauptstadtmittel – Sportstadtförderung“ seien Kriterien verabredet, die sich an Vergabemodalitäten im Rahmen des bisherigen Hauptstadtvertrages orientieren. Hierzu und zum Vergabeverfahren ist eine Abstimmung mit dem Stadtsportbund und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport erfolgt. Den Ausschussmitgliedern wurden mit der Einladung die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung gestellt. Zur ausgereichten Übersicht der geplanten Einzelmaßnahmen und den Vergabekriterien wird der Ausschuss für Bildung und Sport um zustimmende Kenntnisnahme gebeten.

**Herr Gessner** ergänzt, dass die Vergabe der entsprechenden Finanzmittel bisher nach den Regularien des Hauptstadtvertrages erfolgt sei. Nun erfolgt diese aus städtischen Finanzmitteln im Rahmen der Sportfördersatzung der Landeshauptstadt Potsdam. Gemäß der Richtlinie über die Vergabe von Zuwendungen zu § 9 der Sportfördersatzung soll dies im Rahmen des neuen Punktes 3.1.a „Sportveranstaltungen oder Projekte von herausragender Bedeutung für die Stadt Potsdam“ erfolgen. Da hier bislang eine Ausgabe von bis zu 5.000 € möglich war, ist eine entsprechende Regelung eingearbeitet worden. Auch hierzu wird der Ausschuss für Bildung und Sport gemäß § 9 Abs.1 der Sportfördersatzung um zustimmende Kenntnisnahme gebeten.

**Herr Schröder** kritisiert die Form, meint aber, dass man es wohlwollend zur Kenntnis nehmen könne. Zur Wahrung der Form erwägt er die Einbringung über die Stadtverordnetenversammlung.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an.

Im Ergebnis verständigen sich die Ausschussmitglieder dazu, die o.g. Vorlagen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Darüber lässt der Ausschussvorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die o.g. Vorlagen der Verwaltung zustimmen zur Kenntnis.

Baustelle Grundschule am Griebnitzsee

**Herr Weiberlenn** informiert, dass Stellungnahmen der Schule und des KIS eingeholt wurden. Es gehe um die Fragen:

1. Sind Flucht- und Rettungswege gewährleistet?
2. Wie werden die Hofpausen gewährleistet?
3. Wie wird der Schulsport gewährleistet?

Sowohl der KIS, als auch die Schule bestätigen, dass die Rettungswege gewährleistet sind. Der KIS informiert, dass dies eine Überprüfung des Landesamtes für Arbeitsschutz in der 32 KW bestätigt habe. Bezüglich der Hofpausen hat die Schule einer eingeschränkten Übergangslösung zugestimmt, weil in Aussicht gestellt wurde, dass weitere Teile des Außengeländes zeitnah übergeben werden sollen. Der KIS bestätigt, dass der Abschnitt Nordhof mit Zuwegung sowie Spielplatz – Teilbereiche im August/September 2012 fertig werden. Für den Schulsport nutzen die 1. bis 3. Klassen den öffentlichen Spielplatz in der Domstraße. Die Schüler der 4. bis 6. Klassen nutzen den Fußballplatz des Vereins Babelsberg 74 e. V. Die Schulleitung wurde durch den KIS informiert, dass die Übergabe der neuen Turnhalle am 23.08.2012 erfolgt.

**Herr Wolenberg** möchte wissen, ob Aussagen vom KIS dazu gibt, warum sich die Fertigstellung verzögert.

**Herr Weiberlenn** informiert, dass die Schule über den Ablaufplan durch den KIS fortlaufend informiert wird, zuletzt am 03.03.2012.

Fußballplatz Park Babelsberg/Concordia Babelsberg

**Herr Gessner** informiert, dass es eine Bauvoranfrage des KIS gab. Bedenken gebe es seitens der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten bezüglich Umgebungsschutz zum Park Babelsberg. Zur Zeit sei die Stadtplanung dabei, nach einer möglichst denkmalgerechten Lösung zu suchen. Ein Ergebnis werde im Herbst erwartet. So hat der Oberbürgermeister es im Hauptausschuss am 08.08.2012 ausgeführt.

**Herr Engels** fragt, um welche Standorte es sich handle.

**Herr Gessner** erklärt, dass planerische Überlegungen alle Alternativen betrachten sollen.

**Herrn Wollenberg** verwirrt die Stadionvariante. Das entspreche nicht der Beschlusslage. Er möchte wissen, warum nicht verfolgt werde, was im Beschluss favorisiert wurde.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachstand zur Kenntnis.

Sachstand Skaterhalle

**Herr Gessner** informiert, dass es dazu einen Prüfauftrag der Stadtverordnetenversammlung gebe. Im September werde dazu eine Mitteilungsvorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

**Herr Szilleweit** bemängelt, dass die Vereine bisher keine Information erhalten haben. Auch habe die Verwaltung keinen Kontakt zu den Vereinen aufgenommen. Er glaubt, dass hier ein Informationsdefizit gibt. Am Donnerstag ist eine Veranstaltung geplant. Er hält die Teilnahme eines Vertreters der Verwaltung für sinnvoll.

## 2. Potsdamer Weiterbildungstag

**Herr Ziebarth** informiert, dass am 03.09.2012 der regionale Weiterbildungsbeirat der Landeshauptstadt Potsdam in Kooperation mit dem Team Weiterbildung Brandenburg der LASA Brandenburg GmbH den 2. Potsdamer Weiterbildungstag veranstaltet. Wie im Vorjahr können sich Bildungsinteressierte in den Potsdamer Bahnhofspassagen von 9.00 Uhr bis 20.00 Uhr rund um Weiterbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten informieren und beraten lassen. Er lädt zu einem Besuch des 2. Weiterbildungstages ein.

Zur Information verteilt **Frau Dr. Magdowski** ein Schreiben des Städte- und Gemeindebundes zur Reform der Staatlichen Schulämter. Der Oberbürgermeister sehe diese Entwicklung sehr kritisch.

Michael Schröder  
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube  
Schriftführerin